

Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens.

Nr. 77. Die „Lodzer Volkszeitung“ erscheint täglich morgens an Tagen nach einem Feiertag oder Sonntag mittags. **Abonnementspreis:** monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post Ploty 4.—, wöchentlich Ploty 1.—; Ausland: monatlich Ploty 7.—, jährlich Ploty 84.—. Einzelnummer 15 Groschen, Sonntags 25 Groschen.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Lodz, Petrikauer 109
Telephon 136-90. Postcheckkonto 63.508
Geschäftsstunden von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.
Sprechstunden des Schriftleiters täglich von 2.30—3.30.

Anzeigenpreise: Die sieben gespaltene Millimeterzeile 15 Groschen, im Text die dreigespaltene Millimeterzeile 60 Groschen. Stellengesuche 50 Prozent Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Vereinsnotizen und Ankündigungen im Text für die Druckzeile 1.— Ploty; falls diesbezügliche Anzeige aufgegeben — gratis. Für das Ausland 100 Prozent Zuschlag.

11. Jahrg.

5 Tote in Pabianice.

Schwere Zusammenstöße zwischen Streikenden und Polizei.

Gestern kurz nach 6 Uhr abends kam es in Pabianice zu schweren Zusammenstößen zwischen streikenden Textilarbeitern und der Polizei. Die Arbeiter haben sich in Erwartung von Nachrichten aus Warschau über die dort stattfindenden Besprechungen in Sachen des Abschlusses eines Lohnabkommens massenweise auf den Straßen aufgehalten. Es bildete sich plötzlich ein Demonstrationstrupp, der tausende Arbeiter umfasste. Als dieser Zug an der Janowkastraße anlangte, stieß er auf starke Polizeiabteilungen, die die Straße abgesperrt hatten. Der Aufforderung, den Demonstrationstrupp aufzulösen, kamen die Demonstranten nicht nach. Es kam hierbei zu schweren Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Streikenden, bei denen 5 Arbeiter getötet und eine Anzahl verletzt wurden.

Im nachstehenden beschränken wir uns auf den uns zugeleiteten amtlichen Bericht:

Der amtliche Bericht.

Ausführliche Elemente versuchten seit Beginn des Streiks die Situation zu beherrschen, nachdem die Streikkommission während der ganzen Dauer des Streiks Herrin der Lage war, indem Kommunisten versuchten, in Pabianice Unruhen zu stiften. Dank des Tates und der energischen Maßnahmen der Polizei kam es bisher nicht dazu. Erst gestern, den 17. d. Mts., haben Kommunisten die aus Warschau eingelassenen ungenügenden Nachrichten über die Erledigung des Streitsalles zwischen den Textilarbeitern und den Textilindustriellen ausgenutzt und nach einer kurzen Versammlung doch die Situation beherrscht, indem sie die spazierenden Arbeiter zu einem Demonstrationstrupp aufzuforderten. Es sammelte sich ein Zug von etwa 2000 Personen, der sich daraufhin durch die Straßen der Stadt bewegte. Die Demonstranten kamen bis an die Ecke der Mniszki- und Janowkastraße. Als der Zug darauf durch die Narutowiczstraße ziehen wollte, stellte sich den Demon-

stranten eine starke Polizeiabteilung entgegen, die jedoch sofort mit einem Hagel von Steinen und mit Schüssen empfangen wurde. Gleichzeitig wurde von den umliegenden Häusern und den Dächern mit Steinen auf die Polizei geworfen und geschossen. Die Polizei mußte nunmehr zu ihrer Verteidigung auch von ihren Waffen Gebrauch machen; sie gab zuerst eine Salve in die Luft ab und warf Gasbomben. Die Menge warf jedoch weiter mit Steinen und schoss, so daß die Polizei sich gezwungen sah, sich mit Feuerwaffen zu verteidigen. Infolgedessen wurden 5 Personen getötet und einige zehn verletzt.

Nachdem Hilfe aus Lodz eingetroffen war, wurde die Lage wieder vollkommen beherrscht, so daß in den Abendstunden in der Stadt wieder völlige Ruhe herrschte.

Als Beweis dafür, daß die Kommunisten diese Unruhen anstifteten, dient die Tatsache, daß gestern während der Unruhen die Stadt Pabianice von der Stromzufuhr abgeschnitten war, da die Leitungen durchschnitten worden waren; infolgedessen blieb die Stadt mehrere Stunden ohne Licht.

Angeichts dessen erklärte der Hauptarbeitsinspektor, daß die Verhandlungen als ergebnislos abgebrochen werden müssen. Er unterstrich jedoch, daß sich die Regierung bereit erkläre, die Verhandlungen wieder einzuleiten, sofern eine der Parteien mit neuen Vorschlägen an sie herantreten werde. Augenblicklich sind alle Mittel zur Beilegung des Konfliktes als erschöpft zu betrachten.

Vor der oben besprochenen Konferenz hatten um 11 Uhr morgens die Präsidenten der Unternehmerverbände eine Besprechung mit dem Hauptarbeitsinspektor Klotz. Trotz dem Klotz die Unternehmer zur Nachgiebigkeit aufforderte, indem er auf das Zwecklose einer weiteren Streikverlängerung hinwies, blieben die Unternehmer auch weiterhin auf ihren alten Forderungen bestehen und gaben ihren Sachwaltern entsprechende Direktiven.

Die Bedingungen der Unternehmer.

In sehr später Abendstunde überreichten gestern noch die vier an den Verhandlungen beteiligten Unternehmerverbände dem Lodzer Arbeitsinspektor Wojtkiewicz ein offizielles Schreiben, in dem sie ihre Bedingungen für den Abschluß eines Abkommens bekanntgaben. Daraus ergibt sich, daß die Unternehmer nunmehr nachstehende Lohnherabsetzungen im Verhältnis zu den Tariflöhnen vom Jahre 1928 verlangen:

- in den Baumwoll- sowie Kamm- und Streichgarnspinnereien um 15 Prozent,
- in den Färbereien und Appreturen um 17 Prozent,
- in den Webereien sowie in den Kammgarn- und Wollspinnereien um 20 Prozent.

Außerdem sollen die Zusatzprozente bei der Bedienung von mehr als zwei Stühlen, die bisher von 25 bis 35 Prozent ausmachten, in Zukunft nur 7½ bis 10 Prozent betragen.

Die Arbeiterverbände werden heute den Fabrikdelegierten Bericht über den Verlauf der Warschauer Konferenzen erstatten. Die Delegiertenversammlung findet im Saale des Christlichen Verbandes in der Przejazdstraße um halb 10 Uhr früh statt.

Der Streik in der Textilindustrie dauert weiter an. Die Bezirkskommission der Fachverbände wird zusammenzutreten, um den Termin des Generalstreiks aller Arbeiter im Lodzer Bezirk festzusetzen.

Erfolg der Alexandrower Wierter.

Sammelohnabkommen wird unterzeichnet.

Auf der vorgestrigen Konferenz zwischen Streikenden und den Strumpffabrikanten kam es zu einer endgültigen Einigung. Die Industriellen erklärten sich mit der Unterzeichnung des Sammelvertrages für die Dauer von 6 Monaten einverstanden, und zwar auf den Bedingungen des letzten Abkommens. Es wurde jedoch von den Arbeitervertretern verlangt, daß der neue Vertrag von allen Unternehmern unterzeichnet wird. Auch dies wurde von den Unterhändlern der Unternehmer gutgeheißen.

Der Konflikt ist so gut wie liquidiert, jedoch wird der Streik erst dann vollkommen abgebrochen werden, wenn alle Unternehmer den neuen Vertrag unterzeichnen haben werden.

In einer gutbesuchten Versammlung der Strumpfwirker, in der Sekretär Krzyznowski referierte, wurde beschlossen, dem Klassenverband der Textilarbeiter beizutreten.

Große Versammlung der Kotonarbeiter.

Im Bildungskino am Wodny Rynek fand gestern vormittag eine große Versammlung der streikenden Kotonarbeiter statt. Der Referent Modrzewski wies auf die Unnachgiebigkeit der Industriellen hin. Er erklärte, daß in der laufenden Woche im Arbeitsinspektorat drei Konferenzen stattgefunden hätten, am Montag und Dienstag mit den Streikenden und am Mittwoch mit den Streikenden und den Industriellen. Die Industriellen machten nur geringe Zugeständnisse.

Die Versammelten beschloßen, den Streik solange fortzusetzen, bis die Industriellen zu Zugeständnissen bereit seien werden. (p)

Zum Textilarbeiterstreik.

Verhandlungen abgebrochen.

Die Unternehmer bleiben weiterhin bei ihren Forderungen auf Lohnherabsetzung.

Die gestrigen Verhandlungen im Ministerium für soziale Fürsorge in Sachen der Beilegung des Streiks in der Lodzer Textilindustrie sind wiederum an dem starken Widerstand der Unternehmer gescheitert. Die Unternehmer hielten nach wie vor an der Forderung, nur ein Sammelabkommen abzuschließen, in dem die Löhne um 15 bis 25 Prozent im Verhältnis zu dem Abkommen vom Jahre 1928 herabgesetzt sind, fest. Die Löhne in den Webereien sollen um 25 Prozent, in den Färbereien und Appreturen um 20 Prozent und in den Spinnereien um 15 Prozent herabgesetzt sein. Im Verlaufe der Verhandlungen hatte die eigentliche Frage des Sammelabkommens nur untergeordnete Bedeutung. Die Schwierigkeit lag in der von den Fabrikanten geforderten Lohnkürzung und dann in der geforderten Ausdehnung des abzuschließenden Vertrages auf die Textilindustrie des ganzen Industriegebiets Polens.

Die Konferenz mit den Delegierten der Arbeiterverbände begann um 12 Uhr unter Leitung des Hauptarbeitsinspektors Klotz, der in seinen Ausführungen darauf hinwies, daß die zurzeit eingeführte Lohnherabsetzung im Verhältnis zum Jahre 1928 von 5 bis 35 Prozent betrage, im Durchschnitt 15 Prozent. Weiter wies er darauf hin, daß die Unternehmer sich bereit erklärten, Fabrikdelegierte anzuerkennen. Der abzuschließende Vertrag soll bis zum 31. August dieses Jahres Gültigkeit haben und dann in vorgegebener Zeit gekündigt werden können. Die Regierung würde sich ihrerseits bemühen, Mittel und Wege zu finden, daß auch die sogenannten nichtorganisierten Unternehmer dem Vertrage sich anschließen oder ihn zum mindesten honorieren. Die Regelung der Löhne in den neuentstandenen Konfektionsabteilungen würde gleichfalls erfolgen.

Hauptarbeitsinspektor Klotz stellte die Frage, ob es möglich wäre, einen Vertrag mit durchschnittlich 13pro-

zentiger Herabsetzung der Löhne abzuschließen. Dies wurde vom Abg. Szejczkowski im Namen der Arbeiterdelegierten abgelehnt.

Auf die Frage des Sekretärs Walczak, ob der Vorschlag mit der 15prozentigen Herabsetzung der Tariflöhne ein Vorschlag der Regierung oder des Hauptarbeitsinspektors Klotz sei, erklärte Klotz, daß dieser Vorschlag von ihm nur als ein Vermittlungsvorschlag gestellt wurde.

Nachdem von den Arbeitervertretern gefragt wurde, warum an der Besprechung die Unternehmervertreter nicht teilnehmen, ließ Hauptarbeitsinspektor die Vertreter der Unternehmerverbände zur Konferenz bitten. Es erschienen Jng. Kumpel, Rechtsanwalt Pawlowski und Durski.

Schon in dieser gemeinsamen Sitzung stellte Hauptarbeitsinspektor Klotz an die Unternehmervertreter die Frage, ob sie ihre alte Forderung nach Herabsetzung der Tariflöhne um 15 bis 25 Prozent weiterhin aufrecht erhalten. Rechtsanwalt Pawlowski gab darauf zur Antwort, daß dies der Fall sei.

Nun stellte Hauptarbeitsinspektor Klotz an die Arbeitervertreter die Frage, unter welchen Bedingungen sie bereit wären, einen Vertrag abzuschließen. Abg. Waszkiewicz gab hierauf zur Antwort, daß der Standpunkt der Arbeiterverbände bekannt sei und daß solange die Unternehmer keinen neuen Vorschlag unterbreiten, auch von Seiten der Arbeiterschaft kein Entgegenkommen gezeigt werden könne.

Die Frage des Hauptarbeitsinspektors, ob sich beide Seiten mit einem Regierungsschiedsgericht einverstanden erklären würden, wurde von den Arbeitervertretern Walczak (Klassenverband), Socha (Praca), Pawlak (ChD) und Siczka (ZZP) mit Nein beantwortet. Die Vertreter der Unternehmer erklärten, sie hätten nicht genügend Vollmachten, um diese Frage beantworten zu können.

Das Präsidentengesetz

von der Rechtskommission verabschiedet.

Gestern um 10 Uhr vormittags fand eine Sitzung der Rechtskommission des Sejm statt, die einberufen worden war, um die Regierungsvorlage über **Volmachten für den Staatspräsidenten** zu verabschieden.

Die Oppositionsparteien, die öffentlich bekunden wollten, daß sie keine Verantwortung für dieses Gesetz übernehmen können, blieben der Sitzung fern. Es traten daher ausschließlich die Abgeordneten des Regierungsblocks zur Beratung zusammen.

Die Vorlage wurde ohne Aussprache in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Staatspräsidentenwahl am 3. Mai?

Aus gut unterrichteten Kreisen erfahren wir, daß die Nationalversammlung zur Wahl des neuen Staatspräsidenten für den 3. Mai, den polnischen Nationalfeiertag, einberufen werden soll. Der 3. Mai entfällt auf einen Mittwoch.

Steuerrückstände können durch Scharwerkarbeit beglichen werden.

Die öffentlichen Arbeiten sollen in diesem Sommer bereits nach einem besonderen Plan, der von dem kürzlich vom Sejm beschlossenen Arbeitsfonds aufgestellt wurde, geführt werden. In erster Linie soll an dem Eisenbahnbau Warschau—Radom gearbeitet werden. Zur Führung der Arbeiten hat das Finanzministerium dem Arbeitsfonds einen Teil der Steuerrückstände zugewiesen, welche von den säumigen Steuerzahlern durch Scharwerkarbeiten beglichen werden können, d. h. daß der Steuerzahler bei den öffentlichen Arbeiten beschäftigt werden kann, wobei der von ihm verdiente Lohn an ihn nicht ausgezahlt, sondern für die Steuerschuld gutgeschrieben wird. Außerdem können Steuerschulden durch Lieferung von Material, das bei den öffentlichen Arbeiten Verwendung findet, beglichen werden. Der Arbeitsfonds wird auf Rechnung der rückständigen Steuern auch Textilwaren annehmen, die dann an Arbeitslose, die bei den öffentlichen Arbeiten nicht beschäftigt werden konnten, verteilt werden. Das Finanzministerium rechnet, daß auf diese Weise 50 Millionen Zloty rückständiger Steuergelder einfließen werden.

Die Endeja gegen Einreise der Juden.

Der nationale Klub im Sejm hat eine Interpellation eingebracht, die sich gegen die Einwanderung von Juden aus Deutschland, die im Zusammenhang mit dem starken antisemitischen Kurs der Hitler-Herrschaft in anderen Ländern, u. a. auch in Polen Zuflucht suchen, wendet. In der Interpellation heißt es, daß Holland, Belgien und die Schweiz bereits Erschwerungen für die Einreise von Juden aus Deutschland beschlossen haben. Es wird deshalb an den Innenminister die Anfrage gerichtet, welche Maßnahmen er hiergegen zu treffen gedenke.

Nach den jüdenfeindlichen Unruhen.

Zahlreiche Verhaftungen.

Nach den jüdenfeindlichen Ausschreitungen im Kreise Zywiec (Krakauer Wojewodschaft), über die wir bereits berichteten, ist wieder Ruhe eingetreten. Die Unruhen nahmen ziemlich großen Umfang an und erstreckten sich auf die Ortshäfen Zlatna, Ujsoł, Rajcza und Milanowek. In den ersten zwei Ortshäfen wurden 11 jüdische Läden demoliert, in Milanowek 10. In Rajcza wurde die Menge rechtzeitig von der Polizei vertrieben.

Die im Zusammenhang mit diesen Unruhen durchgeführten Hausdurchsuchungen werden fortgesetzt. Zahlreiche Verhaftungen aus den Kreisen der nationalen Partei wurden vorgenommen. U. a. wurde der Leiter des „Obwiepol“ in Zywiec und mehrere weitere führende Mitglieder dieser nationalistischen Organisation verhaftet.

Nachdem polizeiliche Verstärkungen aus Sanbuzh angerückt sind, wurde mit der Durchsuchung und Verhaftung begonnen. Am selben Tage wurden 83 Personen verhaftet. Unter den Verhafteten befindet sich der Führer des großpolnischen Lagers, Eduard Rajonczel. Ergänzend zu dem Polizeibericht meldet die „Polsta Zachodnia“ daß bei der Schieberei nicht vier, sondern sieben Personen schwer verwundet wurden und eine Person ist bereits gestorben. Die Zahl der leichter Verwundeten soll groß sein. Dasselbe Blatt teilt weiter mit, daß mehr als 100 Personen verhaftet wurden, meistens aus dem großpolnischen Lager (Endeja).

Hausdurchsuchungen in Wloclawek.

Im Lokal des „Obwiepol“ (Lager des großen Polens) in Wloclawek erschien vorgestern Abend eine Polizeibereitschaft und führte eine Hausdurchsuchung nach jüdenfeindlichen Aufrufen durch. Es wurden einige Flugblätter und Schriftstücke beschlagnahmt. Auch in dem Organ der polnischen Nationalisten „Dziennik Kujawski“ sowie in der Wohnung des nationalen Führers Prof. Pytla wurden Hausdurchsuchungen durchgeführt.

Studentenverhaftungen in Aratau.

Wahrscheinlich im Zusammenhang mit den Unruhen an der Universität wurden vorgestern bei 12 Studenten Hausdurchsuchungen durchgeführt. 5 Studenten wurden verhaftet. Sie gehören sämtlich dem nationalen Lager an.

Miktrauensvotum für Dollfuß-Regierung

Näutritt der Regierung und Neuwahl des Nationalrats verlangt.

Wien, 17. März. Nach längerer lebhafter Sitzung nahm der österreichische Bundesrat nationalsozialistische Anträge an, in denen der Bundesregierung das schärfste Miktrauen ausgesprochen und die Beschleunigung von Neuwahlen verlangt wird. Ferner wird sofortige Wiederherstellung der Aktionsfähigkeit des Nationalrats gefordert. Ein ebenfalls angenommener sozialdemokratischer Antrag wirft der Regierung sofortgesetzten Verfassungsbruch vor und stellt u. a. fest, daß der Bundesrat heute nicht mehr dem wahren Willen des österreichischen Volkes entspreche als der Nationalrat, da im Bundesrat bereits die Verschlebung zutage träte, die im Nationalrat noch nicht Ausbruch gefunden hätten. Der Bundesrat beauftragte den Vorsitzenden, dem Bundespräsidenten mitzuteilen, daß die Bundesregierung

das Vertrauen des Bundesrates sowie der Landtage von Wien, Niederösterreich und Salzburg und der steiermärkischen Landesregierung nicht mehr genießt. Sie müsse unverzüglich durch eine verfassungstreue Regierung ersetzt werden.

Der Bundeskanzler war trotz zweimaliger Aufforderung nicht erschienen. Als im Verlauf der Sitzung der Nationalsozialist Schattenproh erklärte, daß der Bundesrat verammelt sei, um zu Gericht zu sitzen, verließen die beiden anwesenden Minister den Saal.

Der dem steierischen Heimatschutz angehörende Bundesrat Tanzmeister richtete an den Bundespräsidenten mit dem Hinweis auf die Vorgänge im Reich den Appell, auch in Oesterreich den Weg für eine „nationale“ Regierung freizugeben. (!)

Brest in deutscher Auflage.

Deutsche Kommunistenführer werden gefoltert.

Die Note Hilfe Deutschlands übermittelt einen Bericht aus dem Spandauer Gefängnis, in dem Ernst Thälmann, der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Deutschlands, gefangengehalten wird.

Seit dem Tage seiner Verhaftung wird Thälmann fürchterlich mißhandelt. Die entmenschten SA-Bestien foltern ihn Nacht für Nacht, so daß der einstmalige Krafttrotzende Mann heute einem lebenden Leichnam gleicht und höchste Gefahr für sein Leben besteht. Genau so ergeht es dem Vorsitzenden der kommunistischen Reichstagsfraktion Ernst Torgler, den Abgeordneten Koenen und Pief.

Die politische Polizei und ihr Leiter, der von Hitler eingesetzte Nazi-Oberregierungsrat Diels, wollen von den verhafteten Kommunistenführern Geständnisse erpressen, die dann zur weiteren Niedererschlagung der Arbeiterklasse ausgenutzt werden sollen. Von Thälmann wird verlangt, er solle ein Protokoll unterschreiben, in dem er zugibt, daß die KPD von der Sowjetunion unterstützt wird, und angibt, auf welche Weise das Geld nach Berlin gelangte. Außerdem soll er gestehen, daß es innerhalb der KPD Terrorgruppen gibt und wer diese kommandiert und organisiert.

Man hatte die „Geständnisse“, die man von Thälmann wünschte, bereits in einem Protokoll festgelegt, noch bevor er überhaupt einvernommen wurde. Man verlangte dann von ihm bloß die Unterschrift, die er selbstverständlich verweigert. Diels stellte ihm schließlich das Ultimatum: Falls Thälmann bis zu einem bestimmten Zeitpunkt nicht unterschreibt, sollen Thälmann, Torgler, Pief und Koenen erschossen werden.

Diese Nachrichten stammen vom 11. d. Mts. Seither ist keine Nachricht von den verhafteten Kommunistenführern in die Öffentlichkeit gedrungen; man muß das Ärgste befürchten.

Nationale Moral.

Kommunistenmörder wird begnadigt.

Oldenburg, 17. März. Die Pressestelle teilt mit: Vor der Reichstagswahl vom 5. März d. Js. wurde in Oldenburg der kommunistische Landtagsabgeordnete Gerdes getötet. Das Staatsministerium kann diese Tat keineswegs billigen, es hat aber trotzdem das Verfahren gegen die in Haft genommenen Personen niedergeschlagen, weil die Tat im Kampfe für die nationale Erhebung und in der Erregung über die niederträchtigen Terrorakte und die Terrorplage der KPD begangen ist.

Gegen „marxistische“ Ärzte.

Berlin, 17. März. Der Staatskommissar für Berlin Dr. Lippert beabsichtigt die Arztkollegien der städtischen Krankenhäuser grundlegend umzugestalten. Dr. Lippert gab Anweisung, daß die Verträge aller sich zum Kommunismus oder Sozialismus bekennenden Ärzte zum nächstmöglichen Termin gekündigt werden.

Berlin, 17. März. Wie wir erfahren, hat Reichsminister Hugenberg den Präsidenten des statistischen Reichsamtes Prof. Dr. Wagemann beurlaubt.

Hugenberg laßt das „Berliner Tageblatt“

Berlin, 16. März. Die von der Brüning-Regierung mit dem Steuergeld des deutschen Volkes vor dem Zusammenbruch gerettete Dresdner Bank wirft jetzt ihre Finanzkraft in die Wagschale für die Reaktion. Sie ist den Nazi bei ihrem Feldzug gegen die Warenhäuser zu Hilfe gekommen, indem sie dem Warenhaus Tiege die Kredite kündigte. Jetzt hat sie auch dem Mosse-Verlag den Kredit gekündigt und zwingt dadurch die Eigentümer, ihn an Scherl (Hugenberg) zu verlaufen. Die Unterwerfung des „Berliner Tageblatts“ hat also nichts genutzt: es wird Hugenberg ausgeliefert.

Repressalien auch gegen die Minderheitenpresse.

Von den ungeheuren Repressalien gegen die sozialdemokratische Presse in Deutschland ist auch die sozialistische

Presse der Minderheiten nicht verschont geblieben. So wurde die in Oppeln erscheinende polnisch-sozialistische Halbmonatsschrift „Glos Ludu“ für die Zeit von 6 Monaten verboten. Als Begründung für das Verbot wird in dem Schreiben der Regierungsbehörde angegeben, daß die Artikel „Zur Zeit der Hitler-Regierung fließt Arbeiterblut“ und „Die Regierung Hitler, die reaktionärste in ganz Europa“ eine böswillige Verächtlichmachung und Beleidigung des Reichspräsidenten und der Reichsregierung darstellen.

Hausdurchsuchungen in München.

München, 17. März. Am Donnerstag wurden bei den „Münchener Neuesten Nachrichten“ und dem bekannten Staatsrechtler Universitätsprofessor Dr. Hans Rawasch Hausdurchsuchungen durchgeführt.

Gegen den deutschen Faschismus.

Ein Vorstoß der englischen Gewerkschaften.

London, 17. März. Die Gewerkschaften von Manchester und Salford haben am Mittwoch den englischen Gewerkschaftskongreß durch eine Entschließung aufgefordert, „sofort die Mittel und Methoden zu erwägen, wie die englische Gewerkschaftsbewegung den deutschen Arbeitern Hilfe leisten kann“. Ferner wird die Ueberstufung der Zentralen des Internationalen Gewerkschaftsverbandes und anderer derartiger Büros, wie des Internationalen Gewerkschaftssekretariats von Berlin nach London verlangt. Der Gewerkschaftskongreß soll einen Sonderausschuß einsetzen, der erwägen soll „in welcher Weise die deutsche gewerkschaftliche und sozialistische Presse zeitweilig außerhalb Deutschlands eingerichtet werden kann, wie zur Zeit der sozialistenfeindlichen Gesetzgebung unter Bismarck“. Endlich wird die Forderung aufgestellt, daß der Gewerkschaftskongreß zusammen mit der englischen Arbeiterpartei und den Genossenschaften einen großen Feldzug in ganz England eröffnen soll, um die englischen Arbeiter mit der vollen Bedeutung der Ereignisse in Deutschland vertraut zu machen und „unseren deutschen Kameraden, die in die Verbannung getrieben oder in den Kerker geworfen worden sind, Hilfe zu bringen“.

Die deutschen Börsen der Regierung unterstellt.

Berlin, 17. März. Der amtliche preußische Pressedienst teilt mit: Der Kommissar des Reiches für das preußische Ministerium für Wirtschaft und Arbeit Dr. Hugenberg hat eine Umgestaltung der Börsenordnung angeordnet, die auch eine grundlegende Reform der Berliner Börse herbeiführen wird.

Nach den Anordnungen des Ministers hat bis zum 29. April d. Js. eine Neuwahl des Börsenvorstandes stattzufinden. Die Gesamtzahl der Vorstandsmitglieder wird von 72 auf 48 herabgesetzt.

Der Kernpunkt der Reform ist Sicherstellung des Einflusses der Regierung auf die Besetzung des Börsenvorstandes. Die Anordnungen des Ministers schreiben bindend vor, daß die Wahlen zum Börsenvorstand der Bestätigung der Industrie- und Handelskammer bedürfen.

Der Minister beabsichtigt, für die übrigen preußischen Börsen ähnliche Reformbestimmungen zu erlassen.

In der Verteidigung der Freiheit.

Berlin, 17. März. Die Polizei führte gestern in der Wohnung des sozialdemokratischen Abgeordneten Ruzbaum in Freiburg (Breisgau) eine Hausdurchsuchung durch. Während der Revision zog Ruzbaum einen Revolver und feuerte, wobei er einen Polizeioffizier tötete und einer Polizisten verletzte.

